

Hast du dich schon eingezeichnet zum roten Volksbegehren?

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Preis: 2,50 RM (ohne Mehrwertsteuer). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle eines Streikens behält sich der Verlag die Möglichkeit vor, die Ausgabe zu verschieben. Verlag: Dresdener Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden-N., Geschäftsstelle: Dresden, Postfach 1000. Telefon: 17 200. Postfach: Dresden 18 690.

Jahrgang Dresden, Donnerstag den 3. Dezember 1931 Nummer 196

Neue Notverordnung gegen Arbeiter, Angestellte, Beamte!

KPD ermöglicht neues Brüning-Diktat!

Entfacht Massensturm für rotes Volksbegehren!

Berlin, 3. Dezember (Eig. Meld.)
Seit tritt die Konferenz der Finanzminister in Berlin zusammen um über die neue Notverordnung endgültig Beschlüsse zu fassen. Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß nach den neuesten Beschlüssen der Reichsregierung der Gehaltsabbau für die Beamten am 15. Januar 1932 in Kraft treten soll. Am gleichen Tage sollen die Bestimmungen zur Vorrückung des Tarifrechts in Kraft gesetzt werden. Selbstverständlich geht unabhängig davon der Lohnraub in den einzelnen Industrien weiter, soweit die Arbeiter sich nicht dagegen wehren. Die Verhinderung soll nur auf den bevorstehenden allgemeinen Lohnabbau vorbereiten. Jetzt sollen zuerst „die Preise“ sinken lassen und in vier Wochen die Löhne. Das diese „Preislenkung“ aber nur wie ein Hohn auf die Massen sein kann, ist klar. Nach Meldungen bürgerlicher Zeitungen soll lediglich verordnet werden, daß die Kartelle ihre Preislenkungen beim Wirtschaftsministerium melden sollen. Wie hoch die Preislenkung sein soll wird nicht verheimlicht. Auch die drohende Senkung der Mieten wird nur zu einem geringen Bruchteil ergehen. Nicht die Mieten, sondern nur die Neubaukosten sollen in ganz beschränktem Umfang herabgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhandelte gestern mit Brüning über die Bestimmungen der neuen Notverordnung. Nach einer Erklärung des Partei-Ausschusses wird die Sozialdemokratie auch diese Notverordnung ablehnen.
Der Schlag, der nicht nur Arbeiter, Angestellte und untere Beamte trifft, sondern der auch den wertvollen Mittelstand wölft, ist die Katastrophe des Zusammenbruchs der Lebenshaltung. Wird unvermeidlich eine breite Massenbewegung herbeigeführt. Schon hat der betriebliche Lohnraub zu einem erneuten Aufkommen der Rebellion der Textilarbeiter geführt. Vom Ruhrgebiet aus stoßen Sachsen Textilarbeiter erneut an. In den Metallbetrieben, im Reich, und auch in Sachsen, führt sich die Bewegung zur Bildung betrieblicher Kampfgruppen. In den Kreisen der Angestellten, besonders in den großen Warenhäusern, beginnt der Einsatz der KPD, der Führerin Helene Weiskopf um Arbeit und Brot zu streiken. Die Entlassung der Beamten, die zum Beispiel in Dresden noch keinen Gehalt für den Monat Dezember erhalten haben, wächst in bisher noch nicht dagewesener Form.

In dieser Situation tunhandeln die nationalsozialistischen Kreise um Regierungsbeteiligung mit demselben Zentrum, das die Wettbewerber der Offensive des Großkapitals jungiert. In der Situation zeigen auch erneut die sozialdemokratischen Kreise ihre schamlose Bereitschaft auf Kosten ihrer eigenen Arbeiter die Diktatur der Schwerindustrie zu tolerieren. Partei- und Reichstagsfraktion der SPD haben neben einigen „Oppositions“-Gruppen wiederum beschlossen, erst nach dem Bestehen der neuen Notverordnung erneut zusammenzutreten, erst nachdem diese Gesetz geworden sind. Das bedeutet nichts anderes als eine erneute Blattoffensive für Brüning zur Durchführung des gesamten reaktionären Programms.

Mit Genugtuung verzeichnet die schwerkapitalistische Presse, daß die SPD-Führer ihre Tolerierungspolitik bis zum äußersten treiben wollen. Selbst der Berliner Börsenzeitung ist es nicht entgangen, daß „in der sozialdemokratischen Erklärung nicht die Forderung des Reichstages gedroht wird“. Und die hiltlerische Zeitung des Reichstages droht nicht. Und die hiltlerische Deutsche Allgemeine Zeitung bringt die Erklärung der SPD-Führung unter der Überschrift: „Trotz allem Tolerierungspolitik“. Ganz richtig zieht das die Konsequenzen aus der Kundgebung der Parteinstanzen die Schlussfolgerung: „Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß auch die neue Notverordnung toleriert wird“.

Es ist ungeheuerlich, was diese Wels und Breitfeld ihrer unerschütterlichen Anhänger und der deutschen Arbeiterklasse zu tun wagen. Es ist ungeheuerlich, wie sie, um mit den Worten der SPD zu sprechen, die „sozialdemokratische Arbeiterpartei zur einzigen wirklichen Stütze der Regierung“ mißbrauchen. Und wir wissen angesichts der Notverordnung keine härtere Charakterisierung dieser verfallenen Politik, als die Wiedergabe der selbst im Vorwärts erschienenen Worte des Diskussionsredners Günther, Neuföhl, auf der letzten SPD-Konferenz:

„Seit 1918 wird in den Massen keine Regierung so gehaßt wie die Regierung Brüning, aber auch keine Partei so wie die Sozialdemokratie.“

Wertvolle Anhänger der Sozialdemokratie! Ihr seht mit eigenen Augen und hört mit eigenen Ohren, daß die SPD- und KPD-Führer gar nicht daran denken, die Massen zum Streit gegen den neuen Lohn- und Gehaltsraub zu mobilisieren. Sie verziehen sich mit dem Brüning-Kabinet den Salatekruz-Verträgen, der mit den Brüning-Ministern in offenen und abgemessenen Verhandlungen und Bündnis steht.
Jetzt zeigt die Geduld auch bei den SPD-Anhängern, die, wenn auch schweren Herzens, ihrer Führung bisher gefolgt sind. Jetzt zeigen sie die große Bedeutung des Einheitsfront-Appeals des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Jetzt müssen und werden sie einsehen, daß nur durch Durchsetzung des Brüning-Kurses wollen ihre Führer sie

KPD mimt „Opposition“

In den nächsten Tagen wird die Brüning-Regierung eine neue Notverordnung diktieren. Diese Notverordnung wird entgegen der Versicherung Brünings in seiner letzten Rede, „daß die Grenze der Belastung des deutschen Volkes erreicht sei“, neue Lasten für das arbeitende Volk bringen. Die Umsatzsteuer wird erhöht und damit die Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Den großen Massen der unteren Angestellten und Beamten wird von neuem das Gehalt gekürzt. Die Vertreter des Reichswirtschaftsrats (an deren Ansammlung die reformistischen Gewerkschaftsführer hervorragenden Anteil haben), daß die Löhne der Arbeiter weiter gekürzt werden müssen, damit den Kapitalisten geholfen werde, werden in der neuen Notverordnung der Brüning-Regierung formuliert und in die Praxis umgesetzt werden. Alles in allem ein neuer Angriff auf die Arbeiterklasse, auf das Heer der unteren Angestellten und Beamten.

Die Sozialdemokratische Partei trägt für diesen neuen Angriff ebenso die Verantwortung wie für alle bisherigen Notverordnungen der Brüning-Regierung. Durch ihre Unterstützung hat die Sozialdemokratische Partei es der Brüning-Regierung überhaupt erst ermöglicht, mit Notverordnungen zu regieren, die Löhne und Gehälter abzuhauen und die Steuern zu erhöhen. Diese Ergebnisse bringt in immer breitere Kreise der Arbeiterklasse. Es ist schon so, wie der sozialdemokratische Funktionär Günther, Berlin-Neuföhl, in der Berliner sozialdemokratischen Funktionärerversammlung laut „Vorwärts“ erklärte:

„Seit 1918 wird in den Massen keine Regierung so gehaßt wie die Regierung Brüning, aber auch keine Partei so wie die Sozialdemokratie.“

Kommt jetzt die neue Notverordnung der Brüning-Regierung, dann werden die Arbeiter, die unteren Angestellten und Beamten mit Recht die Sozialdemokratie auch dafür mitverantwortlich machen. Die Rebellion in der Sozialdemokratischen Partei wird wachsen. Größer werden wird die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die den Weg zur kommunistischen Partei gehen, härter werden wird der Wille der so-

Alle Textilbetriebe in Kamenz stillgelegt

Großröhrsdorfer, Textilproleten ganz Ostsachsens, solidarisiert euch mit den Streikenden!

Kamenz, 3. Dezember
Der Streikbeschluss der Textilarbeiter ist reiflos durchgeführt. Sämtliche Kamener Textilbetriebe liegen still. Die einzig mögliche Antwort auf das unerhörte Lohnraubdiktat der Unternehmer ist erteilt worden. Die Stimmung der Streikenden ist glänzend und wird besonders gehoben durch die wichtige Solidaritätskundgebung der Erwerbslosen, die sich mit den Streikenden solidarisch erklärten. Um ein Weitergreifen des Streiks auf Großröhrsdorf zu verhindern, haben die reformistischen Gewerkschaftsböden eine Mitgliedserversammlung einberufen, in der der Bonze Mischbach vom DFB die Unternehmer von Großröhrsdorf als „sozialdemokratische“ hingestellt hat, als die Textilbarone in Kamenz. Die KPD ruft zur Wahl einer Kampfleitung aus den Arbeitern der Betriebe auf und hat bereits die Vertreter der revolutionären Massenorganisationen zusammengetrieben, zwecks Stellungnahme zur Unterstützung der Streikenden. Morgen wird in einer Massenkundgebung die werktätige Bevölkerung aller Schichten ihre Solidarität mit den Streikenden Ausdruck geben. Auch in Großröhrsdorf macht sich bereits die Auswirkung der Kampfstimmung der Kamener Bevölkerung bemerkbar, da die Großröhrsdorfer Arbeiter erkennen, daß der Vorstoß der Kamener Unternehmer nur die Vorbereitung für eine Verschärfung des Hungerdiktats auch für sie bedeutet. In ganz Ostsachsen muß jetzt in allen Versammlungen und in allen Betrieben der Solidarität mit den kämpfenden Textilproleten Ausdruck gegeben werden.

Freitaler Arbeiter solidarisch!

In einer öffentlichen Versammlung für das rote Volksbegehren im Sächsischen Volk in Freital sprach gestern Genosse Martin Schneider auch zur Bedeutung des Kamener Textilarbeiter. Einstimmig nahmen die Versammelten eine Entschließung an, in der die Solidarität mit den Kämpfenden zum Ausdruck gebracht wird. Die Einsetzung einer Solidaritätsversammlung unter der Freitaler Bevölkerung wurde beschlossen.

Gonntagsveranstaltungen in Preußen verboten!

Ein neuer Schlag Severings gegen die Freidenkerbewegung

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht eine neue Polizeiverordnung, die dem „äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage“, also der sogenannten „Heiligkeit des Feiertages“ dienen soll. So werden alle öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, sportliche und turnerische Veranstaltungen, und überhaupt alle nicht der Kunst, Wissenschaft oder Volkserziehung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, auch solche in einem geschlossenen Raum, verboten. Am Karfreitag sind überhaupt alle öffentlichen Veranstaltungen verboten, wenn sie nicht religiöser Art sind. Theaters- und Musikaufführungen, Lichtbildvorführungen, Kundfunktionsdarbietungen dürfen an diesem Tage überhaupt nur religiöser Erbauung dienen. Desgleichen sollen am Puff- und Bettag, am Totensonntag und am Weihnachtsheligenabend grundsätzlich alle öffentlichen Veranstaltungen verboten werden. Diese Verordnung ist ein neuer Schlag gegen das gesamte Proletariat. Im Interesse der Kirche wird der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen, an Sonntagen in öffentlichen Versammlungen zusammenzukommen. Dieser Schlag richtet sich gegen die rote Einheitsfront, und die SPD-Arbeiter müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Auch mit der SPD-Führerschaft! Nun erst recht hinein in die rote Einheitsfront!